



Landesverteidigungsakademie
Wien

INTERNATIONALE BRUCHLINIEN – EINE GEFAHR FÜR DEN FRIEDENSPROZESS AUF DEM WESTBALKAN

Predrag Jureković

EU-interne Krisen und die derzeit unberechenbare US-Außenpolitik ermutigen nationalistische Kräfte auf dem Westbalkan offensiv zu agieren. Diese Entwicklung stellt eine potenzielle Gefahr für den regionalen Friedensprozess dar. Die weitere Präsenz von internationalen Friedenstruppen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo bleibt daher ein wichtiger Stabilitätsfaktor. Ein aktiveres EU-Engagement ist notwendig.

Bisherige Sicherheiten...

Das Ende des Krieges in Bosnien-Herzegowina und Kosovo liegt schon fast 22 bzw. 18 Jahre zurück. Ungeachtet dieser Tatsache scheint das Erbe der gewaltsamen Konflikte am Westbalkan auch Jahrzehnte danach noch nicht zufriedenstellend bewältigt worden zu sein. Darauf weisen in dieser Region sowohl die fortgesetzte Präsenz internationaler Friedenstruppen in den beiden zuvor genannten Staaten als auch immer wieder auftretende nationalistische Provokationen in den nachbarschaftlichen Beziehungen hin. Zuletzt schlossen sie sogar vereinzelt Kriegsdrohungen mit ein. Der komplexe Prozess der Normalisierung der regionalen Beziehungen im südslawisch-albanischen Raum konnte sich lange auf zwei politische Sicherheiten abstützen: Erstens, auf dem Grundvertrauen darauf, dass die Lösung der noch offenen Konflikte durch die gemeinsame Heranführung an die EU-Standards – mit dem Endziel der EU-Mitgliedschaft – erleichtert wird. Zwei-

tens, auf der engen politischen Allianz zwischen der EU und den USA im Hinblick auf die Konsolidierung des Friedens auf dem Westbalkan.

...geraten ins Wanken

Beide außenpolitischen Eckpfeiler für die Verbesserung der regionalen Beziehungen am Westbalkan sind durch die Vertiefung der EU-Krise und die Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik als Folge der Amtsübernahme von US-Präsident Donald Trump gehörig ins Wanken geraten. Die Entscheidung des Vereinigten Königreichs, die EU zu verlassen, hat die ohnehin schon vorhandenen Krisenpotenziale in der Union noch erheblich vergrößert. Die derzeitige Fragilität der EU wegen ihres notwendigen politischen Selbstfindungsprozesses wird von nationalistischen Kräften in ihren Mitgliedsländern dazu benützt, um dem europäischen Einigungsprojekt ernsthaft zu schaden. Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in

EU-Schlüsselstaaten erhalten so eine über-nationale Bedeutung, indem sie zu einer Überlebensfrage für den Weiterbestand der EU erklärt werden. Vor diesem krisenhaften Hintergrund innerhalb der EU verringert sich auch spürbar ihr Elan, krisenhaften Entwicklungen auf dem Westbalkan durch eine aktive Integrationspolitik und politische Unterstützungsmaßnahmen entgegenzuwirken. Das geostrategische Gewicht anderer internationaler Akteure, vor allem von Russland, nimmt deshalb auch am Westbalkan zu. Die aktuellen Probleme innerhalb der EU ermutigen auf dem Westbalkan nationalistische Politiker unterschiedlicher Nationalität, ihre destruktive politische Agenda umzusetzen.

Insbesondere serbische Nationalisten zeigen sich sehr erfreut über den Brexit und Trumps NATO- und EU-kritische Aussagen. Sie sehen darin eine neue Chance, um die aus ihrer Sicht ungerechte und unnatürliche Friedensordnung auf dem Westbalkan zu beenden, die spätestens 1999 nach dem Ende des Kosovokriegs etabliert wurde. Dabei hoffen sie auf die Unterstützung von nationalistischen Politikern aus dem EU-Raum und auf eine enge außenpolitische Allianz zwischen Trump und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Auch wenn diese Hoffnungen – aus derzeitiger Perspektive und vor allem im Hinblick auf eine Allianz Trump-Putin – sehr spekulativ anmuten, sind sie symptomatisch für eine tendenziell wieder stärkere nationalistische Grundstimmung auf dem Westbalkan. Sie verleitet auch etablierte und deklaratorisch (noch) pro-europäische Politiker aus dieser Region immer öfter zu Aussagen und Handlungen, die der Normalisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen am Westbalkan Schaden zufügen oder den Frieden überhaupt gefährden könnten.

Riskantes Spiel mit politischen Provokationen

„Wenn Serben getötet werden, wird nicht nur die Armee geschickt werden. Alle werden wir dort hingehen. Ich werde als erster gehen. Es

ist für mich nicht das erste Mal.“ Mit dieser Antwort des serbischen Präsidenten Tomislav Nikolić auf eine Journalistenfrage sprach 18 Jahre nach Beendigung des Kosovokriegs erstmals wieder ein hoher politischer Repräsentant Serbiens von der Möglichkeit eines militärischen Einsatzes in Kosovo. Keine Beachtung fand bei dem Mitte Jänner gegebenen Interview der Umstand, dass der Kosovo mittlerweile ein von 113 UNO-Mitglieds-ländern anerkannter Staat ist, auf dessen Territorium noch ca. 4.300 Soldatinnen und Soldaten der internationalen Friedenstruppe Kosovo Force (KFOR) den Frieden sichern. Vorausgegangen war der Aufschaukelung der Worte eine politische Provokation, die in Belgrad ihren Ausgang nahm. Die serbische Regierung schickte Mitte Jänner einen (von Russland geschenkten) Personenzug von Belgrad Richtung Kosovska Mitrovica. Auf den Waggons stand in 21 Sprachen geschrieben, dass es sich beim Kosovo um einen Teil Serbiens handelt. Bevor der Zug an der kosovarisch-serbischen Grenze von der kosovarischen Spezialpolizei Rosu abgefangen worden wäre, stoppte der serbische Premierminister Aleksandar Vučić ihn noch auf serbischem Staatsgebiet. Er hätte damit einen bewaffneten Angriff der Rosu auf die Passagiere des Zuges verhindert – erklärte der Premierminister. Für den kosovarischen Präsidenten Hashim Thaçi stellte die missglückte Zugsfahrt andererseits einen Versuch der serbischen Regierung dar, „wie Russland auf der Krim“ einen Teil Kosovos an Serbien anzuschließen.

Kosovo-Dialog ohne Vertrauen

Auch wenn die Wogen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština unter dem Einfluss Brüssels – vorerst – relativ rasch wieder geglättet wurden, stellt sich die berechtigte Frage nach der Nachhaltigkeit des serbisch-albanischen Normalisierungsdialogs. Einige Abkommen, die aus den seit 2011 stattfindenden Normalisierungsgesprächen zwischen Belgrad und Prishtina/Priština unter Vermittlung der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton und

danach Federica Mogherini hervorgegangen sind, haben das Alltagsleben von Kosovo-Serben und Kosovo-Albanern zweifellos erleichtert. Dazu gehörten u.a. Erleichterungen beim Reiseverkehr und die Aushändigung von Grundbüchern und anderen wichtigen Dokumenten.

Bei der Implementierung des zentralen Brüsseler Abkommens aus dem April 2013 befindet sich der Normalisierungsdialog aber schon länger in einer Sackgasse. Vereinfacht dargestellt sieht das Abkommen vor, dass sich die Kosovo-Serben in die Kosovo-Institutionen integrieren sollen. Im Gegenzug wird ihnen die Bildung eines Verbandes der serbischen Gemeinden ermöglicht. Dieser soll in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Raumplanung sich selber verwalten und von der serbischen Regierung transparent unterstützt werden. Wegen des fehlenden Vertrauens auf beiden Seiten wurden bisher fast keine Teile des Abkommens umgesetzt. Verstärkten Gegenwind erhält der Normalisierungsdialog von der sich im Aufwind befindenden radikal-nationalistischen Opposition in beiden Ländern. Sie erblickt darin einen Verrat an den nationalen Interessen ihres Landes und mobilisiert gegen den Dialog. Vor diesem politischen Hintergrund wäre eine Verringerung des EU-Einflusses auf die beiden Länder sicherheitspolitisch gefährlich. Das Risiko für gewaltsame Zwischenfälle – insbesondere in Nord-Kosovo – könnte sich vergrößern. Dieser Umstand unterstreicht auch die Notwendigkeit für eine weitere Präsenz der Friedenstruppe KFOR in Kosovo.

Das Überschreiten „roter Linien“ in Bosnien und Herzegowina

Mit Denis Zvizdić hat der gesamtstaatliche Ministerrat von Bosnien und Herzegowina (BuH) derzeit einen Regierungschef, der sich glaubwürdig bemüht, eine Politik umzusetzen, die im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ist – unabhängig von deren nationaler Zugehörigkeit. Eines seiner politischen

Hauptziele für 2017 besteht darin, den EU-Screening-Prozess positiv zu absolvieren, damit BuH zu den EU-Kandidatenländern Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien aufschließen kann. Als EU-Kandidatenland hätte BuH Zugang zu mehr EU-Fördermitteln. Der Präsident des Ministerrats erwartet sich davon wichtige Impulse für die noch immer schwächelnde Wirtschaft in BuH. Die Erreichung dieses politischen Ziels wird jedoch durch eine destabilisierende Politik der nationalen politischen Führer in BuH konterkariert.

So stößt die Idee des bosnjakischen Mitglieds im Staatspräsidium, Bakir Izetbegović, eventuell eine neue Klage gegen Serbien wegen Völkermords im letzten Krieg (1992-95) beim UNO-Gerichtshof in Den Haag einzureichen, nicht nur auf negative Reaktionen in Belgrad, sondern auch bei serbischen Politikern in BuH. Letztere drohen damit, sich in einem solchen Fall aus den gesamtstaatlichen Institutionen zurückziehen zu wollen. Das kroatische Mitglied im Staatspräsidium und gleichzeitig der Chef der stärksten kroatischen Partei HDZ BiH, Dragan Čović, provoziert wiederum die Bosnjaken mit seiner Forderung nach einem eigenen kroatischen Staatsteil. Dieser soll nach seinen Vorstellungen ausschließlich auf dem Territorium des Staatsteils Föderation BuH gebildet werden, nicht aber auch auf dem Gebiet des Staatsteils Republika Srpska. Die Politik des Präsidenten der Entität Republika Srpska, Milorad Dodik, gilt sowohl intern wie auch extern als ein Haupthindernis für einen funktionsfähigen Staat BuH. Sie war in den letzten zehn Jahren seiner Herrschaft durch die Desavouierung der gesamtstaatlichen Institutionen gekennzeichnet und zielt auf die staatliche Unabhängigkeit der Republika Srpska ab.

Sanktionen und Kriegsdrohungen

Zuletzt rief Dodiks nationalistischer und separatistischer Kurs aber sowohl auf internationaler Ebene als auch in BuH selbst deutlichere Reaktionen hervor: Die feierli-

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport
Roßauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:
Landesverteidigungs-
akademie Wien
Institut für Friedens-
sicherung und Konflikt-
management
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Copyright:
© Republik Österreich/
Bundesministerium für
Landesverteidigung und
Sport / Alle Rechte
vorbehalten

Periodikum der
Landesverteidigungs-
akademie

Februar 2017



www.facebook.com/lvak.ifk

che Begehung eines Feiertags der Republika Srpska, der gemäß eines – von Dodik ignorierten – Urteils des Verfassungsgerichts von BuH Bosnjaken und Kroaten diskriminiert, führte im Jänner zu US-Sanktionen. Als eine ihrer letzten Amtshandlungen belegte die Obama-Regierung Dodik mit einem Einreiseverbot und verhängte Finanzsanktionen gegen den serbischen Politiker. Mittlerweile in den Ruhestand versetzte bosnjakische Generäle drohten Dodik sogar mit einem neuen Krieg, falls er seine Ankündigung von der Abspaltung der Republika Srpska wahr machen würde.

Pro-aktives Engagement der EU unverzichtbar

Im Kontext der wachsenden internationalen Unsicherheit nehmen nicht nur in Kosovo und BuH sondern auf dem gesamten Westbalkan nationalistische Konfliktpotenziale wieder zu. So könnte z.B. in Mazedonien nach einer längeren Phase des politischen Konflikts zwischen ethnisch-mazedonischen Parteien auch die „albanische Frage“ wieder reaktiviert werden. Im Zuge der schwierigen Regierungsbildung nach der Parlamentswahl im Dezember 2016 verlangten ethnisch-albanische Parteien – als Zünglein an der Waage – die Bildung eines bi-nationalen mazedonisch-albanischen Staates. Im zukünftigen NATO-Mitgliedsland Montenegro untersuchen Gerichte die Hintergründe eines letztlich gescheiterten Staatsstreichs gegen die pro-westliche Regierung. Dieser soll von serbischen Nationalisten aus Montenegro und Serbien im Oktober 2016 gemeinsam mit russischen Nationalisten durchgeführt worden sein.

Die passende Antwort auf diese krisenhaften Entwicklungen ist sicherlich nicht die gefährliche Idee einer territorialen Neuordnung des gesamten Westbalkans durch die Bildung ethnisch und religiös homogener Staaten, wie es etwa vor kurzem von einem früheren britischen Diplomaten in einem Beitrag für „Foreign Affairs“ vorgeschlagen

wurde. Das würde z.B. im Falle BuH bedeuten, dass von diesem Staat nur noch ein muslimisch-bosnjakisches „Restbosnien“ übrigbliebe, das zwischen seinen territorial vergrößerten Nachbarn Kroatien und Serbien eingezwängt ist. Man könnte in einem solchen Fall sicherlich nicht erwarten, dass sich die Bosnjaken weiterhin hauptsächlich an „westlichen Werten“ orientieren würden, vielmehr wären verstärkte Beziehungen zur Türkei, der arabischen Welt und der stärkere Einfluss salafistischer Ideen wahrscheinlich.

Auch wenn die EU-interne Situation derzeit schwierig erscheint, gibt es für den Westbalkan keine annehmbare Alternative zur schrittweisen Heranführung an die EU-Mitgliedschaft und gleichzeitigen Verbesserung der regionalen Beziehungen. Diese wichtige Konsolidierungsaufgabe könnte auch jenen politischen Kräften in der EU als Argument dienen, die in der EU kein „Auslaufmodell“ sondern einen wichtigen Garanten der europäischen Friedensordnung sehen.

Empfehlungen

- Fortsetzung der Präsenz der internationalen Friedenstruppen EUFOR und KFOR in BuH und Kosovo;
- substantielle EU-Unterstützung für die Integrationsbestrebungen der Westbalkanländer;
- stärkere Verbindung von Fortschritten in der EU-Annäherung mit Fortschritten im regionalen Normalisierungsprozess;
- enge Zusammenarbeit der EU mit pro-europäischen Politikern am Westbalkan und Sanktionsmaßnahmen gegen nationalistische Akteure, die den Frieden bedrohen.

Hinweis: Der vorliegende Beitrag gibt ausschließlich die Meinung des Autors wieder.

IFK Monitor
Februar 2017